

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsanmeldung für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz — D. N. I.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 31

Montag, den 7. Februar 1938

90. Jahrgang

Durchbruch an der Teruel-Front

Fluchtartiger Rückzug der Bolschewisten

Nach dem nationalspanischen Heeresbericht vom Sonnabend haben die nationalen Truppen an der Teruel-Front im Abschnitt von Alfambra die bolschewistische Front an mehreren Stellen durchbrochen und dem Gegner schwere Verluste zugefügt. Im Heeresbericht heißt es über diesen erfolgreichen Vorstoß: Unseren Truppen gelang es, die feindliche Front im Abschnitt von Alfambra (nördlich von Teruel) an verschiedenen Punkten zu durchstoßen, nachdem der Widerstand der Bolschewisten gebrochen war. Unsere Truppen drangen in einer Tiefe von 10 Kilometer vor. Der Feind hatte große Verluste, bei dem Angriff einer unserer Formationen allein über 1000 Tote. Nachdem der Gegner in den ersten Stunden starken Widerstand leistete, mußte er sich am Nachmittag fluchtartig zurückziehen und seine Stellungen aufgeben.

Insgesamt wurden 16 Dörfer, sowie 40 seit Kriegsausbruch von den Roten besetzte und stark besetzte Stellungen erobert. Durch diese bedeutende militärische Operation sind die Palomera-Berge, von wo aus die Bolschewisten die wichtige Verbindungsstraße von Saragossa und Teruel bedrohten, umgangen und der Gegner nach Osten abgedrängt.

Unruhehysteriker Moskau!

Paris. General Nessel wendet sich im „Echo de Paris“ gegen eine Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union. Es sei zweckmäßig im Interesse der künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und einem neuen Rußland sich jetzt schon von der Sowjet-Union zu trennen, die ihre Schulden nicht anerkennt und durch Vermittlung der Komintern Narbe in Frankreich schaffe und zudem als Gegenleistung des politischen Abkommens nicht einmal einen ernstlichen handelspolitischen Vorteil für Frankreich eingeräumt habe. Man müsse im Hinblick auf die bestehende „Vereinigung der Freunde der Sowjet-Union“ die nichts anderes sei als eine Vertretung der kommunistischen Propaganda, eine Gesellschaft der Freunde des nationalen Rußlands gründen. Die Idee sei bereits aufgegriffen worden, Senator Lemery habe den Vorsitz dieser Gesellschaft übernommen.

Francos Antwort auf das bolschewistische Gezeter

Der nationalspanische Sender in Salamanca verbreitet eine Antwort auf das bolschewistische Gezeter gegen die Bombardierung offener Städte. Es wird darin festgestellt, daß es die Roten waren, die von Anfang an offene Städte bombardiert haben. Klipp und klar wird in der nationalspanischen

Rundfunkerklärung bewiesen, daß die nationalen Flugzeuge dagegen lediglich militärische Plätze der Roten angriffen haben. „Wir haben“, so heißt es in der Sendung, „in Reus die Waffenfabrik und in Albacete die ausländische Brigade bombardiert. Cartagena und Mahon sind militärisch besetzte Plätze, Barcelona enthält über 180 militärische Ziele, darunter 14 Artilleriebatterien, 12 Flakbatterien, 70 Flugzeugabwehr-MG, 32 Kasernen zahlreiche Munitionslager, 3 Flugplätze, 68 Fabriken von Kriegsmaterial, 5 Giftgasfabriken, 11 Brennstofflager usw.“

Berhärfung der Patrouille

Italienische Zustimmung zum englischen Vorschlag. Die italienische Regierung hat ihre Zustimmung zu den englischen Vorschlägen auf Verschärfung der Patrouille gemäß der Lyon-Abmachungen gegeben.

Die halbamtliche „Informazione Diplomatica“ veröffentlicht eine Stellungnahme zur Antwort der italienischen Regierung auf den englischen Vorschlag einer Verschärfung der Seekontrolle. Darin heißt es u. a.: „Unmittelbar nach der Versenkung des Dampfers „Cudymon“ — von der man noch nicht bestimmt weiß, ob sie durch einen Torpedo oder durch eine Mine verursacht wurde — hat die britische Regierung den Regierungen Italiens und Frankreichs den Vorschlag zukommen lassen, die Flottenmaßnahmen zur Sicherheit im Mittelmeer, wie sie zwischen den drei Mächten vereinbart worden waren, zu verstärken. Praktisch geht der Vorschlag darauf hinaus, daß die drei Regierungen übereinstimmend ihren Kriegsschiffen gegenseitig das Recht vorbehalten, von jetzt ab jedes U-Boot zu zerstören, das im Gebiet des westlichen Mittelmeers unter Wasser angetroffen wird. Die italienische Regierung hat diesen Vorschlag angenommen und die italienischen Marinebehörden haben Weisung erhalten, die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Italien im westlichen Mittelmeer zugewiesenen Zone zur Anwendung zu bringen.“

Ministerrat in London

Im Londoner Außenamt fand ein Ministerrat statt, an dem Sir John Simon, Außenminister Eden, Lord Halifax, Malcolm MacDonald, Duff Cooper und Sir Thomas Inskip teilnahmen. Wie verlautet, hat sich der Ministerrat mit den jüngsten Ereignissen im Mittelmeer, insbesondere mit der Versenkung des britischen Dampfers „Alcira“, und der Durchführung einer strafferen Ueberwachungstätigkeit im Mittelmeer befaßt.

Kraftsteigerung

Es war von jeher ein elementarer Grundsatz des Nationalsozialismus, daß die Erneuerung, der Aufbau und die Sicherung der Zukunft der Nation aus dem totalen Denken und Handeln der nationalsozialistischen Auffassung der Gesamtheit der Dinge erfolgen muß. So hat Adolf Hitler nach der Machtergreifung vor fünf Jahren seine erste und wichtigste Aufgabe darin erblickt, aus dem in zahlreiche Parteien, Klassen und Schichten zerrissenen deutschen Volk eine in sich geeinte, kraftvolle Volksgemeinschaft, eine deutsche Schicksalsgemeinschaft, zu schmieden. Die Vereinigung aller Gewalt für Staat, Wehrmacht und Partei in der Hand des Führers ist die logische Weiterentwicklung dieses Volkwerdungsprozesses. Vermehrung der Kraft durch stärkste Konzentration, das ist der tiefe Sinn der Führer-erlasse vom 4. Februar, die vor aller Welt die machtvolle Kraft der nationalsozialistischen Staatsführung dokumentieren und einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte des Dritten Reiches darstellen.

Als wichtigste Tatsache ist zu nennen, daß der Führer als der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht nun auch den tatsächlichen Oberbefehl über die Wehrmacht in seine Hand genommen hat. Er setzt für die Aufgaben der Wehrmacht seine eigene ganze und große Autorität ein, um das zu Ende zu führen, was bisher in fünf Jahren beispiellosen Aufbaus geschaffen worden ist. Alle Zwischenschaltungen irgendwelcher Art sind durch die Neuordnung in Fortfall gekommen. Das neue Oberkommando der Wehrmacht untersteht dem Führer direkt und arbeitet nach seinen Weisungen. Durch diese Regelung ist nun auch für die Wehrmacht der Zustand geschaffen worden, der für die Partei schon immer bestand. Die beiden Säulen des Staates, Partei und Wehrmacht, sind jetzt für die Befehlsgebung in der gleichen klaren und einheitlichen Weise aufgebaut. Das ist ein unendlicher Vorteil, der sich für den Staat im ganzen und für jeden einzelnen auswirken wird.

Wir haben ja in Frankreich gesehen, daß dort seit längerer Zeit ähnliche Versuche, aber mit unzulänglichen, weil parlamentarischen Mitteln erstrebt worden sind. Bei der jetzigen Kabinettsumbildung hat man dem General Gamelin zweifellos weitreichende militärische Vollmachten erteilt, aber die Einheitlichkeit in Fragen der Landesverteidigung ist längst nicht in der klaren Weise durchgeführt worden, wie das bei uns in Deutschland jetzt der Fall ist. Hier ist in Wahrheit ein Mann, der alles entscheidet, und das ist die größte Konzentration, die man sich überhaupt denken kann.

Um diesen Zuwachs von Kraft in positiver Weise auszunutzen zu können, sind aber noch weitere Veränderungen vorgenommen worden. Der Führer, der eine so unerhörte große Verantwortung übernommen hat, braucht selbstverständlich den besten Rat, der ihm zur Verfügung steht, und es ist ebenso klar, daß er diesen Rat bei den Männern holt, die sein Vertrauen haben und die durch ihre eigene Arbeit den Beweis ihres Wertes erbracht haben. Zu diesem Zwecke ist der Geheime Kabinettsrat geschaffen worden, der der besonderen Beratung des Führers dienen soll, und dessen Präsident nunmehr der bisherige Reichsaußenminister Freiherr von Neurath geworden ist. Es ist ein guter Gedanke, daß dieser bewährte Mann außenpolitischer Arbeit an einer neuen Stelle Verwendung findet, in der gerade die Erfahrungen eines reichen Lebens nutzbar gemacht werden können.

Bei der Zusammenfassung der Kräfte des nationalsozialistischen Deutschlands bildet die wirtschafts-politische Reorganisation eine ausschlaggebende

Bau größerer Schlachtschiffe?

Anfrage der Flottenmächte in Tokio

Die drei Hauptmächte des Londoner Flottenvertrages von 1936, England, Amerika und Frankreich, sind durch ihre Botschafter in Tokio wegen der Begrenzung der Schlachtschiff-Tonnage vorstellig geworden. In den gleichlautenden Noten wird eine bindende Erklärung der japanischen Regierung verlangt, daß Japan keine Schiffe über 35 000 Tonnen baut, und zwar wird die Abgabe einer derartigen Versicherung bis zum 20. Februar verlangt. Sollte die japanische Zusage nicht gegeben werden, so behalten sich die Mächte den Bau größerer Schiffe als 35 000 Tonnen vor. Falls Japan bereits Schiffe im Bau habe, die den Vertragsbegrenzungen nicht entsprechen, so schlägt England Besprechungen vor, falls die japanische Regierung zu einer gewissen Begrenzung für die Zukunft bereit sei. Eine solche Beratung müßte mit dem 1. April abgeschlossen sein.

Japans Stellung

In japanischen politischen Kreisen verlautet, Japan halte seine bisherigen Vorschläge auf gleichmäßige oberste Tonnagegrenze aufrecht, es lehne jedoch jede unterschiedliche Behandlung im Flottenbau ab. Der Schritt der drei Botschafter wird als befremdend bezeichnet, weil Japan schon auf der Londoner Flottenkonferenz 1936 Vorschläge gemacht habe, die unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung eine positive Abrüstung angeregt hätten. Wahrscheinlich werde Japan von neuem eine Abrüstung in dem Sinne vorschlagen, daß der Grundsatz „Kein Angriff und keine Bedrohung“ der Verwirklichung entgegengeführt werden könne. Auf alle Fälle werde Japan jedenfalls nicht bereit sein, Vorschläge anzuerkennen, die praktisch eine Wiederholung der Tatbestände darstellten, die zur Kündigung des Washingtoner Vertrages führten.

